

Nordrhein-Westfalens Sommer bleiben heiß und die Pläne der Landesregierung liegen auf Eis

Drucksache 18/20419 · eingebracht 2026-07-07 – Antragsteller: **SPD**

Klimaschutz

Gesundheit

Soziales

Kommunen

Pflege

ZUSAMMENFASSUNG

Die SPD fordert ein landesweites Hitzeschutzkonzept mit kommunaler Unterstützung, Förderprogrammen für Pflegeeinrichtungen und öffentliche Gebäude sowie Maßnahmen zur Aufklärung und Infrastruktur für vulnerable Gruppen.

KERNFORDERUNGEN

- Landesweites Hitzeschutzkonzept mit kommunaler Beteiligung
- Förderung von Cooling-Zones, Trinkwasserspendern und Stadtbegrünung
- Investitionsprogramm für klimaangepasste Krankenhäuser, Schulen und Pflegeeinrichtungen
- Unterstützung der Kommunen bei Hitzeaktionsplänen und Warnsystemen

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag verankert Klimaschutz als Gesundheitsfrage und betont präventive, solidarische und partizipative Maßnahmen — besonders stark in den Feldern D1 (Menschenwürde durch Schutz vulnerabler Gruppen), D4 (soziale Gerechtigkeit durch flächendeckende, niedrigschwellige Angebote) und D5 (Transparenz & Mitbestimmung durch kommunale Koordination und Beteiligung). Er berührt A1/A2 (Lieferanten/Dienstleister bei Förderprogrammen) und B2 (Steuerzahler:innen durch klare Investitionslogik) positiv. Kein Feld zeigt Widerspruch; alle Bewertungen liegen zwischen +2 und +5.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Fokussierung auf Vulnerabilität und soziale Gerechtigkeit
- Starke Verknüpfung von Klimaschutz und Gesundheitspolitik
- Partizipative Umsetzungslogik (Kommunen, Sozialverbände, Gesundheitsämter)
- Konkrete, umsetzbare Maßnahmen mit klarer Zuständigkeit

Schwächen

- Keine explizite Verankerung von Tariftreue oder Gemeinwohl-Audits in Förderprogrammen
- Keine Nennung von Geschlechtergerechtigkeit als Querschnittsaufgabe
- Keine Verbindung zu bestehenden Strukturen wie dem Klimaschutzgesetz NRW

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	+	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	+	•	•	•
C · VERWALTUNG	•	•	•	•	•
D · BÜRGER:INNEN	++	•	•	++	++
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	++	•	•

++ stark fördernd + fördernd • neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 Menschenwürde in der lokalen Gemeinschaft Bewertung: +5

Schutz älterer Menschen, Kinder, Pflegebedürftiger vor Hitze als Grundrecht

D4 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +4

Flächendeckende Hitzeschutzräume, Trinkwasserspender, mehrsprachige Warnsysteme

D5 Demokratische Partizipation Bewertung: +4

Koordinierung aller Akteure (Gesundheitsämter, Sozialverbände, Katastrophenschutz) auf kommunaler Ebene

E3 Zukunftsverantwortung für Natur & nächste Generation Bewertung: +4

Hitzeanpassung als Teil der Klimagerechtigkeit – Schutz vor Folgeschäden für zukünftige Generationen

SPD

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag entspricht vollständig dem SPD-Wahlprogramm 2022: Prävention als Kern der Gesundheitspolitik (S. 34), soziale Gerechtigkeit durch Schutz vulnerabler Gruppen (S. 47), Wohnraumförderung zur Lebensqualität (S. 47), und klare Forderung nach staatlicher Verantwortung für Klimaanpassung (S. 61).

„Gesundheit ist Voraussetzung für Wohlbefinden. Nur, wer weiß, dass man im Krankheitsfall gut versorgt ist, kann frei leben.“

SPD NRW Wahlprogramm 2022, S. 34

„UNSER LAND VON MORGEN – REGIERUNGSPROGRAMM DER NRWSPD ZUR LANDTAGSWAHL 2022 45 Lebenswerte Städte, Gemeinden und Dörfer Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf.“

SPD NRW Wahlprogramm 2022, S. 47

PARTEIPROGRAMM

9/10

Das Hamburger Programm (2007) betont 'soziale Gerechtigkeit', 'Vorsorgender Sozialstaat' und 'ökologische Verantwortung' als Grundwerte. Der Antrag verkörpert diese Trias: Vorsorge durch Hitzeprävention, soziale Gerechtigkeit durch Schutz von Risikogruppen, ökologische Verantwortung durch Klimaanpassung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE**WAHLPROGRAMM**

10/10

Der Antrag deckt zentrale Grüne Themen ab: Klimaanpassung als gesellschaftliche Aufgabe (S. 3), Klima-Check für Maßnahmen (S. 9), soziale Gerechtigkeit ('vulnerable Gruppen'), und kommunale Partizipation. Die Forderung nach 'Cooling-Zones', Stadtbegrünung und klimaangepasster Infrastruktur entspricht wörtlich dem Wahlprogramm.

„Klima-Check für alle Landesgesetze und für Förderprogramme Wir werden einen Klimavorbehalt für neue Gesetze und Förderprogramme einführen.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 9

PARTEIPROGRAMM

10/10

Das Grundsatzprogramm 2020 verankert 'planetare Grenzen', 'sozial-ökologische Transformation' und 'gesundheitsfördernde Lebenswelten' (S. 65). Der Antrag konkretisiert dies: Hitzeanpassung schützt planetare Grenzen, stärkt soziale Teilhabe und macht Lebenswelten gesundheitsfördernd.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU

WAHLPROGRAMM

7/10

Der Antrag steht nicht im Widerspruch zum CDU-Wahlprogramm: CDU betont 'Prävention' (S. 26), 'wohnortnahe Gesundheitsversorgung' (S. 5) und 'Klimaschutz als Jobmotor' (S. 48). Allerdings fehlt im CDU-Programm der explizite Fokus auf Hitzeanpassung als Gesundheitsaufgabe — es bleibt technologieoffen und infrastrukturell fokussiert. Kein Widerspruch, aber keine direkte Deckung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

7/10

CDU-Grundsatzprogramm 2024 betont 'Schöpfungsverantwortung' und 'Technologieoffenheit'. Der Antrag ist kompatibel, da er keine Verbote fordert, sondern technische Lösungen (Kühlung, Begrünung) und Prävention. Allerdings fehlt im CDU-Programm der systemische Zusammenhang zwischen Klimawandel und Gesundheit — daher kein Volltreffer.

„Wir wollen den Präventionsgedanken stärken. Der Präventionsgedanke und die Gesundheitserziehung müssen gestärkt werden.“

CDU NRW Grundsatzprogramm 2015, S. 26

FDP

WAHLPROGRAMM

4/10

Der Antrag widerspricht nicht direkt dem FDP-Wahlprogramm, aber steht in Spannung zu dessen Kernprinzipien: 'Marktentscheidung', 'gegen Bevormundung', 'keine Verbote'. Die Forderung nach landesweiten Konzepten, Förderprogrammen und verbindlichen Maßnahmen widerspricht der FDP-Präferenz für marktbasierende, dezentrale Lösungen. Kein Zitat passt — FDP erwähnt Hitze oder Klimagesundheit nicht.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

4/10

FDP-Grundsatzprogramm 2012 betont 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung' und 'schlanken Staat'. Der Antrag setzt auf starke staatliche Steuerung, Förderung und Konzeptentwicklung — eine klare Abweichung vom liberalen Kern. Keine Quelle im Index belegt Übereinstimmung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

1/10

Der Antrag widerspricht fundamental dem AfD-Wahlprogramm: AfD leugnet die Dringlichkeit der Klimakrise ('gegen Energiewende'), lehnt staatliche Intervention ab und betrachtet Klimaschutz als 'Planwirtschaft'. Die Forderung nach landesweiten Hitzekonzepten, Förderprogrammen und Klimaanpassung ist diametral entgegengesetzt zu allen AfD-Kernpositionen.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

1/10

AfD-Grundsatzprogramm 2016 lehnt 'Klimaideologie' ab und betont nationale Souveränität vor internationalen Klimazielen. Der Antrag basiert auf wissenschaftlichem Konsens zur Klimakrise und fordert aktive staatliche Handlung — ein fundamentaler Widerspruch.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: ein landesweites Hitzeschutzkonzept zu erarbeiten, das folgende Elemente umfasst: o Kommunen bei der Bereitstellung von flächendeckenden Hitze-Warnsystemen zu unterstützen, o Schutzmaßnahmen für vulnerable Gruppen wie ältere Menschen, Kinder, Obdachlose und pflegebedürftige Personen, o den Ausbau eines niedrigschwelligen und mehrsprachigen Hitzewarnsystems in Kooperation mit dem Deutschen Wetterdienst und den Kommunen, o gezielte Informationskampagnen zu Hitzeschutz und Gesundheitsrisiken, o die Förderung von Trinkwasserspendern, begrünten Rückzugsorten („Cooling-Zones“) und temporären Hitzeschutzräumen im öffentlichen Raum, o Unterstützung der Kommunen bei Entsiegelung und Stadtbegrünung im Rahmen der Klimaanpassung.

ein landesweites Gemeinwohl-Hitzeschutzkonzept zu erarbeiten, das folgende Elemente umfasst: o Kommunen bei der Bereitstellung von flächendeckenden Hitze-Warnsystemen zu unterstützen, unter Einbeziehung von Bürger:innenräten zur partizipativen Gestaltung, o Schutzmaßnahmen für vulnerable Gruppen wie ältere Menschen, Kinder, Obdachlose und pflegebedürftige Personen, mit besonderem Augenmerk auf Geschlechtergerechtigkeit und Barrierefreiheit, o den Ausbau eines niedrigschwelligen und mehrsprachigen Hitzewarnsystems in Kooperation mit dem Deutschen Wetterdienst und den Kommunen, sowie einer transparenten Online-Plattform mit Echtzeit-Daten zu UV-Belastung, kühlen Orten und Luftqualität, o gezielte Informationskampagnen zu Hitzeschutz und Gesundheitsrisiken, basierend auf evidenzbasierten Empfehlungen der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), o die Förderung von Trinkwasserspendern, begrünten Rückzugsorten („Cooling-Zones“) und temporären Hitzeschutzräumen im öffentlichen Raum, mit Priorisierung gemeinwohlorientierter Betreiber und regionaler Lieferketten, o Unterstützung der Kommunen bei Entsiegelung und Stadtbegrünung im Rahmen der Klimaanpassung, unter Berücksichtigung der Biodiversitätsziele des Landes (z.B. 30%-Ziel).

Begründung: Stärkt die GWÖ-Felder D5 (Mitbestimmung), D1 (Inklusion), D3 (Ökologie) und A1 (nachhaltige Lieferketten) durch konkrete, operationalisierbare Ergänzungen.

Vorschlag 2 von 3

Original: ein Förderprogramm einzurichten, um insbesondere Einrichtungen der stationären Pflege bei der Umsetzung von Hitzeschutzmaßnahmen zu unterstützen.

ein gemeinwohlorientiertes Förderprogramm einzurichten, um insbesondere Einrichtungen der stationären Pflege bei der Umsetzung von Hitzeschutzmaßnahmen zu unterstützen, das neben technischen Maßnahmen auch Personalaufstockung, Qualifizierung und psychosoziale Unterstützung für Beschäftigte fördert.

Begründung: Bezieht das GWÖ-Feld C3 (Verwaltung/Ehrenamt) und D4 (soziale Gerechtigkeit) stärker ein: Pflegekräfte sind Schlüsselpersonen für Klimagesundheit — ihre Arbeitsbedingungen sind Teil der Lösung.

Vorschlag 3 von 3

Original: ein Investitions- und Förderprogramm für die klimaangepasste Modernisierung öffentlicher Einrichtungen aufzulegen, um Krankenhäuser, Schulen, Kindertagesstätten, Pflegeeinrichtungen und weitere öffentliche Gebäude besser gegen extreme Hitze zu schützen.

ein Investitions- und Förderprogramm für die klimaangepasste Modernisierung öffentlicher Einrichtungen aufzulegen, mit einem Gemeinwohl-Audit als Voraussetzung für Förderung: Nachweis von Tariftreue, fairen Löhnen, sozialer Absicherung der ausführenden Unternehmen sowie ökologischer Lieferketten.

Begründung: Verankert die GWÖ-Werte Solidarität (B2), Ökologische Nachhaltigkeit (A1) und Soziale Gerechtigkeit (C3) direkt in der Umsetzung — verhindert Greenwashing und sichert gute Arbeit.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Überwiesen · MMP18-127

Ja: AfD ! CDU FDP GRÜNE SPD

! Opportunismus (Ja trotz Wahlprogramm-Mismatch <3/10)

Original-Antrag

Drucksache 18/20419

Nordrhein-Westfalens Sommer bleiben heiß und die Pläne der Landesregieru·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

07.07.2026

Antrag

der Fraktion der SPD

Nordrhein-Westfalens Sommer bleiben heiß und die Pläne der Landesregierung liegen auf Eis

I. Ausgangslage

Dass die Sommer immer heißer werden, ist immer noch bekannt. Auch für diesen Sommer sind die Prognosen klar: es wird wieder heiß und trockener.¹ Ebenso bekannt ist: Die schwarz-grüne Landesregierung bleibt untätig, so wie auch in den letzten Jahren. Obwohl es viele Möglichkeiten gibt Menschen vor der Hitze zu schützen: Hitzeaktionspläne, Sonnencreme-Spender oder Hitzeschutzräume sind nur einige wenige sinnvolle Maßnahmen zum Schutz und Prävention.

Ein umfassendes Maßnahmenpaket wurde dem Landtag bereits zu Beginn des Jahres 2024 von der SPD-Fraktion vorgelegt (DS 18/9163) und in einem weiteren Antrag im Jahr 2025 (DS 18/14539) eingefordert. Dass bisher von der schwarz-grünen Landesregierung keine nennenswerte Initiative gekommen ist, zeigt, dass dieses Maßnahmenpaket unglücklicherweise aktuell bleibt.

Die Landesregierung ist jetzt in der Verantwortung, alle Menschen gleichermaßen vor den kommenden Hitzewellen zu beschützen. Insbesondere die ältere Generation, Kinder und Jugendliche sowie Frauen verdienen einen besonderen Schutz. Unterstützung ist hier dringend notwendig: Aufklärung, Prävention, kostenlose Hilfsmittel. All das sind Investitionen in die Gesundheit. Diese helfen am Ende den Menschen und sind volkswirtschaftlich sinnvoll, weil Menschen weniger und/oder später krank werden und das Gesundheitssystem nicht belasten.

Bisher hat die Landesregierung insbesondere im Gesundheitsbereich keinen Fokus auf Investitionen gelegt. Investitionsstau bei den Krankenhäusern, zu wenig Investitionen in der Pflegeausbildung, zu hohe Eigenanteile an den Pflegeheimkosten. Das wird sich später rächen. So auch bei der Klimagesundheit: Wenn nicht jetzt in (Präventions-)Maßnahmen für mehr Klimagesundheit investiert wird, dann werden gesundheitliche Probleme folgen. Das ist bereits jetzt bei der wachsenden Zahl an Hautkrebserkrankungen zu erkennen.²

Der DGB NRW beziffert in seiner Studie „Investitionsnotstand in NRW beenden!“³ die Höhe der notwendigen Investitionen für eine Klimaneutralität auf 52,6 Mrd. Euro. Bei diesen Investi-

¹ <https://www.fr.de/panorama/voraus-sommer-2026-in-nrw-wetter-modelle-sagen-hitze-sommer-mit-ueber-30-grad-zr-94272658.html>

² <https://www1.wdr.de/nachrichten/sonne-braeune-hautkrebs-schutz-100.html>

³ <https://nrw.dgb.de/investitionsstudie>

tionen in Klimaneutralität müssen alle verantwortlichen Akteurinnen und Akteure eine gute Klimagesundheit für alle Menschen in unserem Land unbedingt mitberücksichtigen.

Investitionen in unsere Gesundheit bedeuten auch: Die Kommunen müssen bei der Umsetzung von (Präventions-)Maßnahmen für mehr Klimagesundheit stärker von der Landesregierung unterstützt werden. Bisher tut sie das nicht. Der Städtetag NRW weist in diesem Zusammenhang explizit auf die Notwendigkeit von Planungs- und Investitionssicherheiten für die Kommunen hin.⁴ Insbesondere ist es jetzt notwendig, Menschen über Hitze-Warnsysteme zu informieren. So können bspw. Karten über kühle Orte oder Warnungen über die UV-Belastung schwerwiegende Folgen auf die Gesundheit verhindern.

Die jüngste Hitzewelle in Deutschland hat zudem deutlich gemacht, dass zahlreiche öffentliche Einrichtungen nicht ausreichend auf langanhaltende Extremtemperaturen vorbereitet sind. Insbesondere in Krankenhäusern, Schulen, Kindertagesstätten sowie Pflegeeinrichtungen führen hohe Raumtemperaturen zu erheblichen Belastungen für Patientinnen und Patienten, Kinder, Beschäftigte und Lehrkräfte. Konzentriertes Lernen, gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene gesundheitliche Versorgung werden dadurch erschwert oder teilweise unmöglich gemacht. Hitzeschutz muss deshalb auch die technische Ausstattung öffentlicher Einrichtungen umfassen. Wo bauliche Verschattung, Begrünung und passive Kühlung nicht ausreichen, müssen klimaangepasste Kühl- und Klimatisierungslösungen gefördert werden, um die Funktionsfähigkeit öffentlicher Infrastruktur auch während extremer Hitzeperioden sicherzustellen.

Besonders deutlich wird der Handlungsbedarf aktuell auch in der stationären Altenpflege. Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di NRW) und das Diakonische Werk Rheinland-Westfalen-Lippe warnen eindringlich vor einer weiteren Verschärfung der Hitzebelastung in den kommenden Sommermonaten.⁵ Schon heute stellen hohe Temperaturen eine massive Belastung sowohl für Bewohnerinnen und Bewohner als auch für die Beschäftigten dar. Gleichzeitig fehlen vielen Einrichtungen die finanziellen Mittel, um ihre Gebäude an die Folgen des Klimawandels anzupassen.

Aus der Praxis wird berichtet, dass Pflegeeinrichtungen bei steigenden Temperaturen zunehmend an ihre Belastungsgrenzen geraten: Während der Unterstützungsbedarf der Bewohnerinnen und Bewohner wächst, steigen gleichzeitig die Arbeitsbelastungen für die Beschäftigten erheblich. Dennoch bleibt eine auskömmliche Finanzierung von Hitzeschutzmaßnahmen bislang aus. Gemeinsam mit Sozialverbänden und weiteren Partnern haben ver.di NRW und die Diakonie RWL deshalb ein Sofortprogramm in Höhe von 125 Millionen Euro über fünf Jahre für Hitzeschutz und energetische Sanierungen gefordert. Zudem soll die Investitionsförderung dauerhaft im Altenpflegegesetz Nordrhein-Westfalen verankert werden.

Diese Forderungen verdeutlichen: Neben punktuellen Maßnahmen braucht es strukturelle Investitionen in Klimaschutz und Klimaanpassung im Gesundheits- und Pflegebereich. Ohne verlässliche Rahmenbedingungen und ausreichende finanzielle Unterstützung können notwendige Investitionen nicht umgesetzt werden – mit direkten Folgen für die Gesundheit von Pflegebedürftigen und Beschäftigten. Die Landesregierung muss jetzt tätig werden. Die Hitzewellen werden immer intensiver. Es darf jetzt keine weitere Zeit verloren gehen.

⁴ https://www.staedtetag-nrw.de/files/nrw/docs/Publikationen/Weitere_Publikationen/2025/erwartungen-staedtetag-nrw-an-neue-bundesregierung-2025.pdf

⁵ <https://www.rundschau-online.de/altenhilfe/hitzewelle-in-nrw-verdi-und-diakonie-fordern-125-millionen-euro-sofortprogramm-fuer-seniorenheime-1292163>

II. Der Landtag stellt fest, dass

- in den kommenden Monaten Hitzewellen zu erwarten sind und insbesondere Risikogruppen aufgeklärt und vor den gesundheitlichen Folgen geschützt werden müssen,
- die Kommunen eine zentrale Rolle beim Schutz der Bevölkerung vor Hitzewellen spielen. Diese Aufgabe können die Kommunen nicht allein stemmen und sind auf gezielte Unterstützung der Landesregierung angewiesen,
- alle Menschen geschützt werden müssen und deshalb präventive und schützende Maßnahmen flächendeckend von der Landesregierung entwickelt und umgesetzt werden müssen,
- die jüngsten Hitzewellen gezeigt haben, dass zahlreiche öffentliche Einrichtungen wie Krankenhäuser, Schulen, Kindertagesstätten und Pflegeeinrichtungen nicht ausreichend gegen extreme Hitze geschützt sind und deshalb zusätzliche Investitionen in Hitzeschutz und Klimatisierung erforderlich werden.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- die Kommunen bei der Erstellung und Umsetzung ihrer kommunalen Hitzeaktionspläne systematisch zu unterstützen. Dazu sollen die relevanten Akteurinnen und Akteure – wie Gesundheitsämter, Katastrophenschutz, Sozialverbände, kommunale Spitzenverbände – zeitnah an einen Tisch gebracht werden, um konkrete Bedarfe zu erfassen und geeignete Unterstützungsangebote zu entwickeln.
- ein landesweites Hitzeschutzkonzept zu erarbeiten, das folgende Elemente umfasst:
 - Kommunen bei der Bereitstellung von flächendeckenden Hitze-Warnsystemen zu unterstützen,
 - Schutzmaßnahmen für vulnerable Gruppen wie ältere Menschen, Kinder, Obdachlose und pflegebedürftige Personen,
 - den Ausbau eines niedrigschwelligen und mehrsprachigen Hitzewarnsystems in Kooperation mit dem Deutschen Wetterdienst und den Kommunen,
 - gezielte Informationskampagnen zu Hitzeschutz und Gesundheitsrisiken,
 - die Förderung von Trinkwasserspendern, begrünten Rückzugsorten („Cooling-Zones“) und temporären Hitzeschutzräumen im öffentlichen Raum,
 - Unterstützung der Kommunen bei Entsiegelung und Stadtbegrünung im Rahmen der Klimaanpassung.
- im Rahmen der öffentlichen Wohnraumförderung des Landes die energetische Modernisierung von Wohnraum erheblich zu stärken, um die Menschen in diesem Wohnraum besser gegen Hitzewellen zu schützen.
- ein Förderprogramm einzurichten, um insbesondere Einrichtungen der stationären Pflege bei der Umsetzung von Hitzeschutzmaßnahmen zu unterstützen.
- ein Investitions- und Förderprogramm für die klimaangepasste Modernisierung öffentlicher Einrichtungen aufzulegen, um Krankenhäuser, Schulen, Kindertagesstätten, Pflegeeinrichtungen und weitere öffentliche Gebäude besser gegen extreme Hitze zu schützen. Hierzu gehören insbesondere Maßnahmen zur Verschattung, Begrünung, energetischen Sanierung sowie, wo dies erforderlich ist, die Installation moderner und energieeffizienter Kühl- und Klimatisierungssysteme.

- mittels eines Landesprogramms in Anlehnung an das KfW-432-Programms des Bundes integrierte energetische Quartierskonzepte und die energetische Modernisierung von Wohnraum erheblich zu stärken, um die Menschen in diesem Wohnraum besser gegen Hitzewellen zu schützen.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Lisa-Kristin Kapteinat
Thorsten Klute
Lena Teschlade
Rodion Bakum

und Fraktion